



Der Corona-Schock, Deflation und Arbeitslosigkeit

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 01.05.2020

Die größte Gefahr, die der Corona-Schock mit sich bringt, ist eine deflationäre Entwicklung, bei der die Masseneinkommen unter Druck geraten. Staatliche Hilfen sollten nicht nur an Dividendenverzicht, sondern auch an Lohndruckverzicht gekoppelt werden.

Immer mehr Daten, die für Deutschland und Europa veröffentlicht werden, offenbaren das Ausmaß des wirtschaftlichen Schocks, den der Corona-Shutdown ausgelöst hat. Deutlich hervor tritt auch, dass die Politik in Deutschland und Europa die negativen wirtschaftlichen Folgen ihrer eigenen Anweisungen massiv unterschätzt hat und wohl noch immer unterschätzt. Umso wichtiger ist es jetzt, weitere deflationäre Aktionen und Signale zu vermeiden. Das gilt insbesondere für die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer.

Zwar erwartet [der Bundeswirtschaftsminister](#) inzwischen einen Rückgang des realen BIP in diesem Jahr von über 6 Prozent, was deutlich realistischer ist als die Vorhersagen des Sachverständigenrates (-2,8 %) und der Wirtschaftsforschungsinstitute (-4,2 %). Aber sein Optimismus hinsichtlich der Wiederbelebung der Wirtschaft im nächsten Jahr (über 5 Prozent Wachstum) muss noch fundiert werden. Die deutsche Wirtschaftspolitik darf nicht zulassen, dass die Lohn- und Einkommensentwicklung unter Druck gerät. Das würde einem Aufschwung im nächsten Jahr den Garaus machen.

Deflation, nicht Inflation ist das Thema der Stunde

Die vorläufigen [Zahlen des Statistischen Bundesamts](#) zur Entwicklung der Verbraucherpreise im April liefern ein gemischtes Bild: Der Gesamtindex steigt um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Das ist teilweise auf die stark rückläufigen Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe (-5,8 Prozent gegenüber Vorjahr) zurückzuführen. Nahrungsmittelpreise legen hingegen kräftig zu (+ 4,8 Prozent) und auch die Dienstleistungen werden mit 1,3 Prozent überdurchschnittlich teurer. Für den Rest der in den Index eingehenden Warenpreise ergibt sich damit eine Zunahme von knapp einem Prozent – also weit weniger, als es in Hinblick auf das Inflationsziel der europäischen Zentralbank von knapp zwei Prozent sein sollte.

Dabei konnte eine Reihe von Preisen, wie das [Bundesamt schreibt](#), wegen des Shutdowns nicht erhoben werden, entweder weil die Erhebung in den Geschäften vor Ort eingeschränkt war oder gar keine Umsätze stattfanden. "Das bedeutet zum Beispiel, dass vorübergehend nicht beobachtbare Preise mit der Preisentwicklung ähnlicher Produkte automatisch fortgeschrieben werden. Sollten auch hierfür keine Preise zur Verfügung stehen, gibt es weitere Möglichkeiten, etwa die Übernahme der Vormonatspreise. Dies gilt vor allem für preisstabile Erhebungspositionen, wie zum Beispiel der Friseurbesuch oder Gesundheitsdienstleistungen. ... Für Pauschalreisen wird beispielsweise zur Fortschreibung die Vormonatsrate des vergangenen Jahres verwendet. "

Dieses Vorgehen, das mit dem Statistischen Amt der Europäischen Union lt. Bundesamt eng abgestimmt ist, erstaunt: Wie kann das Amt in einer so noch nicht dagewesenen Krise wissen, welche Güter "preisstabil" angeboten werden? Während sich die Bundesagentur für Arbeit nicht zutraut, die aktuell gemeldeten Kurzarbeiterzahlen auf "realisierte" Kurzarbeit hochzurechnen, weil alle bisherigen Schätzschemata nicht mehr angemessen zu sein scheinen, entscheidet sich das Statistische Bundesamt bei der Berechnung einer so wichtigen Größe wie dem Verbraucherpreisindex für Annahmen, die in "normalen" Zeiten sinnvoll sein mögen, aber momentan für gewagt gelten dürfen.

Wäre es nicht möglich und vor allem sinnvoller gewesen, die Güter aus dem Index wegzulassen, für die im April kein Handel stattfand? Es ist nur schwer vorstellbar, dass die Anbieter etwa von Pauschalreisen auf den ungeheuren Nachfrageeinbruch nicht reagieren werden, wenn Reisen wieder erlaubt sein werden. Die Entwicklung der dann in Zukunft festgestellten niedrigeren Preise von einem jetzt fiktiv angenommenen höheren Niveau her berechnen zu müssen, dürfte den Index in der Zukunft eher nach unten drücken. Es bleibt daher die Vermutung, dass die berechnete Inflationsrate von 0,8 Prozent die tatsächliche Entwicklung der Verbraucherpreise noch überzeichnet. Und das ist kein gutes Omen.

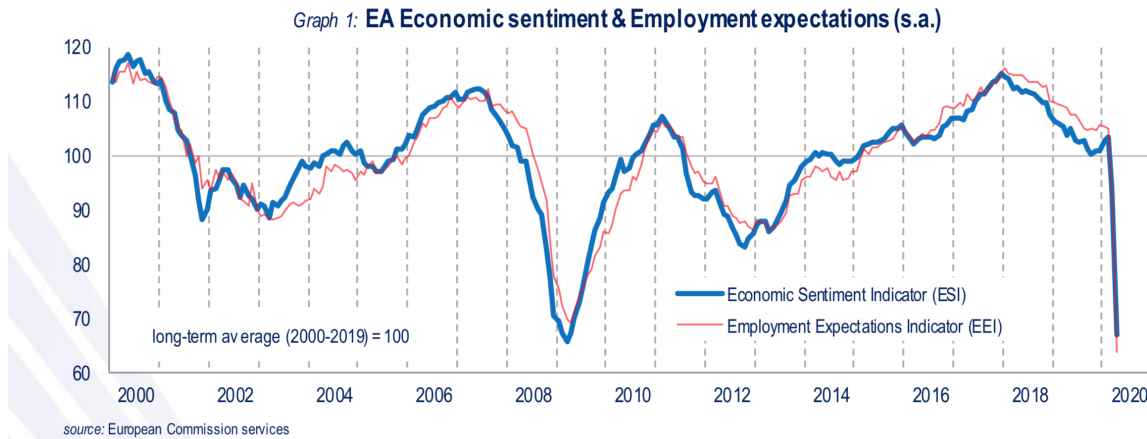
Der reale Schock für Europa ist gewaltig

Der Economic Sentiment Indicator (ESI), den die europäische Kommission für die Eurozone veröffentlicht, ist im April wiederum sehr stark gefallen (Abbildung 1). Zusammen mit dem schwachen Ergebnis vom März, ist er in zwei Monaten so stark gefallen wie in der gesamten Finanzkrise von 2008/2009. Der Beschäftigungsindikator (die rote Kurve) liegt sogar unter dem bisher niedrigsten Wert von 2009. Auch die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist nach der Umfrage der Kommission

auf einen Stand gefallen, der so niedrig ist wie am tiefsten Punkt von 2009.

Abbildung 1

Euro-area developments



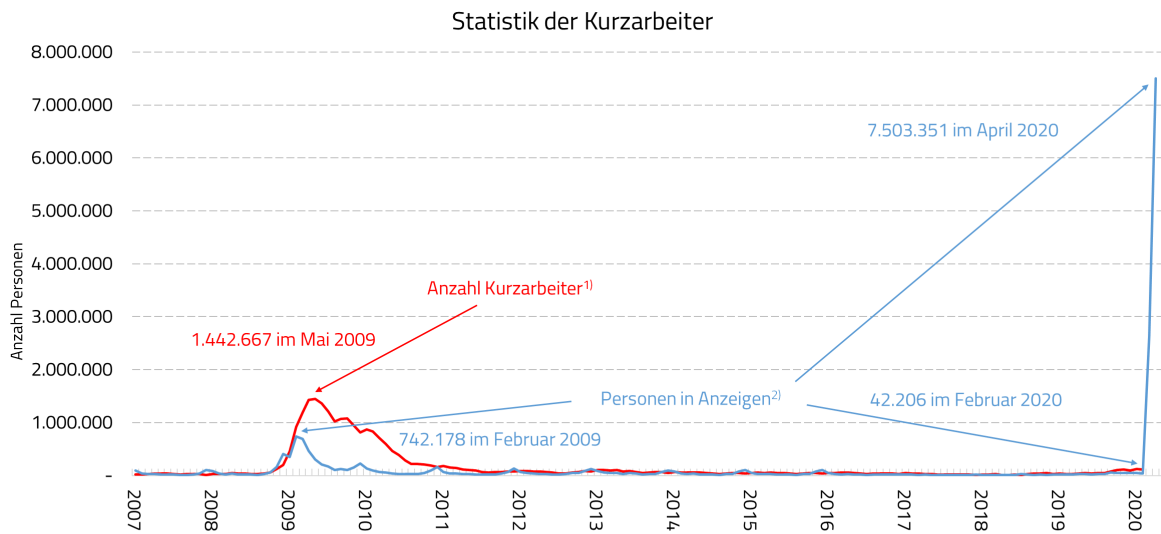
Bei diesen auf Umfragen basierenden Indikatoren muss man allerdings beachten, dass sie die Tiefe des Einbruchs nicht ausreichend erfassen, weil viele Bereiche mit kleinen Unternehmen wie Restaurants oder Hotels, die kaum zyklische Schwankungen aufweisen, hier nicht angemessen repräsentiert sind. Außerdem fehlt Italien wegen des kompletten Shutdowns vollständig in der Umfrage für den Monat April.

In einer vorläufigen Schätzung hat EUROSTAT den Rückgang des BIP in der Eurozone im ersten Quartal auf 3,8 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2019 beziffert (minus 3,3 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal). Das bedeutet für Deutschland, dass der Rückgang im ersten Quartal deutlich stärker war als etwa von den Instituten (mit - 1,9 Prozent) angenommen.

Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit

Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen Ende April die Dimension der Probleme, auf die der deutsche Arbeitsmarkt zusteuert (vgl. Abbildung 2): Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Personen ist inzwischen auf 7 ½ Millionen gestiegen – das ergibt sich aus den von der BA bereits geprüften 587.515 Anträgen. Aus den bis zum 26. April insgesamt erfassten 751.000 Anzeigen (vgl. Abbildung 3) rechnet die Bundesagentur die potenziell betroffene Zahl Personen sogar auf "bis zu 10,1 Millionen" hoch (vgl. die [Pressemitteilung](#)).

Abbildung 2

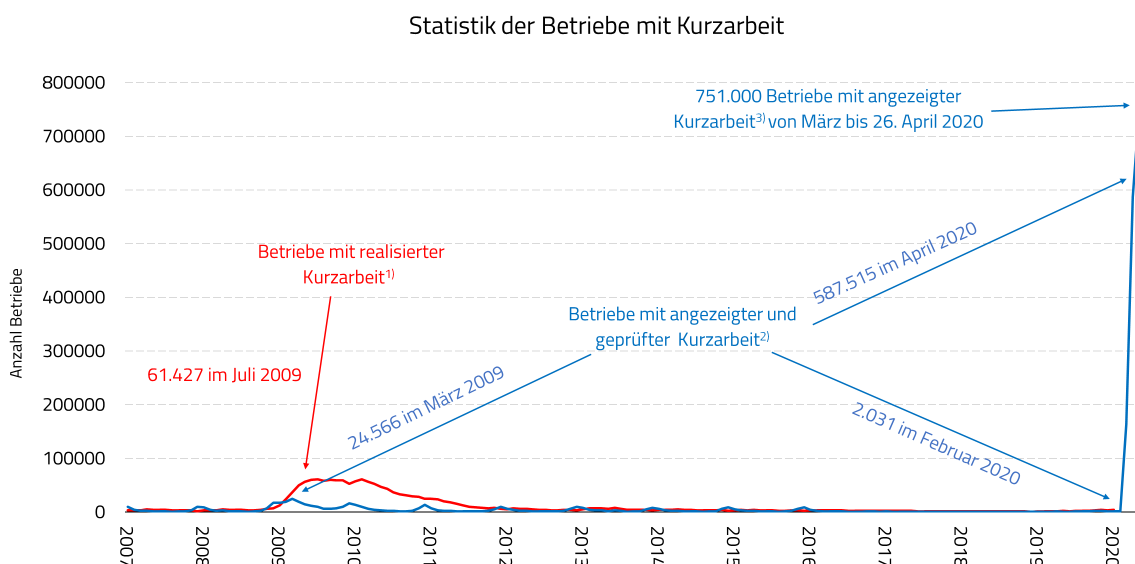


¹⁾ Realisierte konjunkturelle Kurzarbeit; Werte bis Oktober 2019 endgültig, Werte für November 2019 bis Februar 2020 von der Bundesagentur für Arbeit hochgerechnet; keine statistischen Angaben mehr für März und April 2020.
²⁾ Anzahl der in den *geprüften* Anzeigen zur gesamten Kurzarbeit gemeldeten Personen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stand: 30.4.2020.

Die BA betont zwar, dass das nicht heiße, "dass diese Menschen schlussendlich auch alle kurzarbeiteten werden. Nichts desto trotz ist das eine im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten nie da gewesene Zahl und übersteigt noch um ein Vielfaches die Zahl der Anzeigen während der Großen Rezession 2008/2009."

Abbildung 3



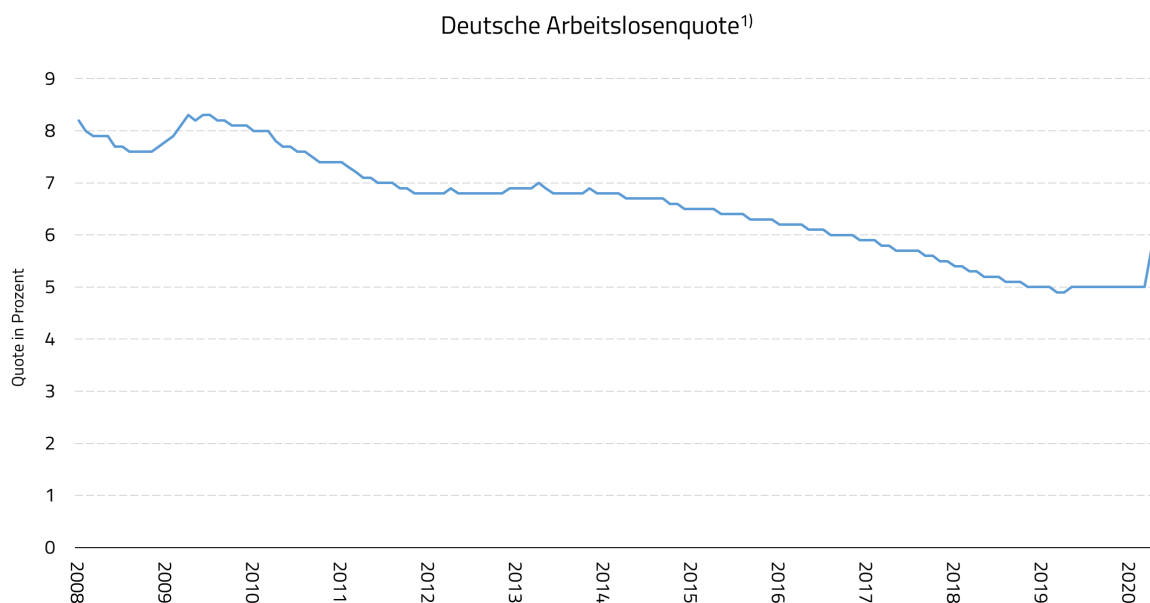
¹⁾ Realisierte konjunkturelle Kurzarbeit; Werte bis Oktober 2019 endgültig, Werte für November 2019 bis Februar 2020 von der Bundesagentur für Arbeit hochgerechnet; keine statistischen Angaben mehr für März und April 2020.
²⁾ Anzahl Betriebe, die Kurzarbeit angezeigt haben und deren Anzeigen geprüft wurden.
³⁾ Anzahl Betriebe, die von März 2020 bis 26. April 2020 Kurzarbeit angezeigt haben, deren Anzeigen aber noch nicht alle geprüft wurden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stand: 30.4.2020.

Wer wollte, konnte sich diese Dimension der Arbeitsmarktprobleme, die in der Tat nichts mit der Größenordnung der Finanzkrise zu tun hat, übrigens schon seit Ende März oder spätestens Mitte April klarmachen (vgl. dazu unsere Beiträge [hier](#) und [hier](#)). Der Sachverständigenrat war in seinem [Sondergutachten](#) "Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie" vom 22. März noch von einer jahresdurchschnittlichen beschäftigungsäquivalenten Kurzarbeiterzahl von 308.000 ausgegangen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute schätzten in ihrer [Gemeinschaftsdiagnose vom 8. April](#) die durchschnittliche Kurzarbeiterzahl für das zweite Quartal auf 2,4 Millionen – beides Werte, die zwar zu den Prognosen der Fachleute passen, nicht aber zur Wirklichkeit.

Mit dem Mittel der Kurzarbeit wird bezweckt, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Das kann nur gelingen, wenn sich die Krise nicht lang hinzieht und keine großen Strukturbrüche mit sich bringt. Ob die Erholung der Wirtschaft unter dem derzeitigen Krisenmanagement rasch gelingen kann, ist aber fraglich. Denn nicht nur die Kurzarbeiterzahlen steigen dramatisch, auch die Arbeitslosenquote hat eine steile Wendung nach oben genommen: Sie ist innerhalb nur eines Monats von 5,0 Prozent auf 5,8 Prozent geklettert und damit so schnell wie noch nie (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4



¹⁾ Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zur Zahl der zivilen Erwerbspersonen, Definition der Bundesagentur für Arbeit; saisonbereinigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Saisonbereinigt sind jetzt 2,64 Millionen Menschen arbeitslos, ein Plus von gut 370.000 gegenüber März. Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) hat saisonbereinigt um 244.000 Personen bzw. 7,6 Prozent auf 3,44 Millionen zugenommen.

Jetzt bloß kein Verzicht!

Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit und die vehemente Zunahme der Kurzarbeit haben bereits, wie könnte es anders sein, zu ersten Forderungen geführt, die Arbeitnehmer müssten angesichts

dieser Lage bereit sein, auf Lohnerhöhungen zu verzichten. Gestern wurde der Vorsitzende der IG-Metall, Jörg Hofmann, [im Deutschlandfunk](#) gefragt, ob es nicht an der Zeit für die Arbeitnehmer sei, Verzicht zu üben. Aber statt klar zu sagen, nein, das werden wir auf keinen Fall tun, windet sich der Vorsitzende der größten deutschen Gewerkschaft und sagt, es gehe jetzt vor allem darum, Arbeitsplätze zu sichern.

Das aber ist genau das Einfallstor für die falsche Politik. Wer jetzt einzelwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik nach dem Motto macht, wir müssen bei hoher Arbeitslosigkeit auf Lohnzuwächse verzichten, macht alles falsch. Lohnverzicht bringt für die Gesamtwirtschaft nicht mehr Arbeitsplätze, sondern Arbeitsplatzverluste. Verzichtet man von vornherein darauf, die Arbeitnehmer an dem Produktivitätszuwachs zu beteiligen, der bei einer guten wirtschaftlichen Entwicklung *möglich* ist, wird es diese Entwicklung gerade nicht geben. Ohne eine steigende Nachfrage von Seiten der Masse der Arbeitnehmer kann sich keine Volkswirtschaft aus der Talsohle befreien, in die sie durch den Corona-Schock geraten ist.

In den USA kann man die massiv destabilisierenden Folgen eines „freien Arbeitsmarktes“ derzeit sehr gut beobachten. Dort ist die Zahl der Menschen, die sich arbeitslos gemeldet haben, inzwischen auf über 30 Millionen gestiegen und der wichtigste [ökonomische Berater des Präsidenten](#) in der Krise rechnet mit einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent im Juni, vergleichbar nur mit der Großen Depression der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. In den USA hat der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit schon im März massive Auswirkungen auf die Lohnentwicklung und die Nachfrage gehabt. Löhne und Gehälter fielen nach [Angaben des Handelsministeriums](#) in der Summe im März um über 3 Prozent gegenüber Februar. In der Folge sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte um 7,5 Prozent zurückgegangen. Das zeigt, je flexibler der Arbeitsmarkt, umso instabiler die Wirtschaft und umso größer ist die Aufgabe des Staates bei der Stabilisierung einer angeschlagenen Wirtschaft.

Besonders fatal wäre es, wenn nun erneut der Ruf nach einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft laut würde. Das müsste auf dem europäischen Binnenmarkt zu Nachahmungseffekten der Nachbarländer führen, die ohnehin schon gegenüber Deutschland aufgrund des Lohndumpings zu Beginn der Währungsunion zurückgefallen sind. Damit würde im gesamten europäischen Binnenmarkt schwerer Schaden angerichtet. Gegenüber dem Rest der Welt könnte das nur als der Versuch eines Handelskrieges gedeutet werden, der unweigerlich neue protektionistische Reaktionen in den USA und/oder eine Aufwertung des Euro nach sich ziehen müsste.

Deutschland, die Niederlande und Österreich müssen begreifen, dass nur eine vollständige Abkehr von ihrer merkantilistischen Tendenz in der Nachkrisenphase Europa insgesamt eine Chance eröffnet, ohne für Jahrzehnte nachhallende wirtschaftliche Schäden durch diese Krise zu kommen. Die Regierungen müssen daraus unmittelbar die Konsequenz ziehen, dass nur solche Unternehmen in den Genuss staatlicher Hilfen kommen, die nicht versuchen, über bilaterale Vereinbarungen mit den Gewerkschaften Lohnzugeständnisse zu erreichen. Es ist vollkommen richtig, dass man Unternehmen von staatlicher Unterstützung ausschließen will, die nicht bereit sind, in diesem Jahr auf Dividendenzahlungen zu verzichten; die weit größere Gefahr für die Gesamtwirtschaft lauert aber bei einer Destabilisierung der Binnennachfrage via „Lohnflexibilität“.

Über die Autoren



Heiner Flassbeck ist Honorarprofessor an der Universität Hamburg, war Chef-Volkswirt der UNCTAD und Staatssekretär im BMF. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Globalisierung, die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung und Geld- und Währungstheorie.



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 01.05.2020

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2020/05/der-corona-schock-deflation-und-arbeitslosigkeit/>